

Rücktrittserklärung des Vorsitzenden Markus Meckel und der Mehrheit des Vorstandes der dbg

10. März 2021

Die Repression in Belarus wird von Woche zu Woche schlimmer. Das Lukaschenko-Regime unterdrückt alles und jeden, der auch nur zaghaft Kopf und Stimme erhebt und das einfordert, was eines jeden Menschen Recht ist. Die politische Opposition sitzt im Kerker, sie ist außer Landes vertrieben, sie wird eingeschüchtert. Auch wenn Lukaschenka mit Gewalt und Repression vorerst die Oberhand zu behalten scheint – wir sind überzeugt, am Ende wird auch in Belarus die Freiheit siegen.

Wir in der dbg haben versucht, mit anderen NGOs in Deutschland und Europa, Solidarität und Unterstützung zu organisieren. So auch im Rahmen des „AK Belarus“, einem informellen Zusammenschluss verschiedener NGOs. Im Zentrum stand dann für uns Anfang Dezember letzten Jahres das „MINSK FORUM XVIII 2020“, durchgeführt als Online-Konferenz, dokumentiert unter www.minskforum.org.

Hier kamen Swetlana Tichanowskaja und andere Repräsentanten der Protestbewegung und des oppositionellen Koordinierungsrates zu Wort und ins Gespräch mit den Außenministern Deutschlands und Polens, mit Heiko Maas und Zbigniew Rau. Und sie redeten mit anderen Vertretern aus Politik und Gesellschaft in Deutschland, der Nachbarländer und der EU.

Leider erwies sich die dbg in diesen Wochen und Monaten mehr und mehr als eine nicht tragfähige Institution für diese Arbeit. Zermürbende und teilweise absurde Diskussionen zu Verfahrensfragen haben die Arbeit im Vorstand belastet und letztendlich unmöglich gemacht. Ihre Krönung fand das Verhalten der stellvertretenden Vorsitzenden in einer gerichtlichen Klage gegen die Gesellschaft.

Auch bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung konnte durch die Mitglieder keine Klärung herbeigeführt werden. Im Gegenteil. So entschied sich die Mehrheit des Vorstandes - außer dem Vorsitzenden Markus Meckel u.a. Cornelius Ochmann (SDPZ) und Dr. Christian Trippe (Deutsche Welle), dies nicht mehr hinzunehmen.

Am 10. März 2021 legten sie ihre Ämter nieder.